

Kurznachrichten vom Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.

## ÜBERSICHT

### Aktuelle Hinweise

1. Förderprogramm: Frauen iD
2. Aufruf zur Benennung von best practice Projekten zum Schutz von geflüchteten Frauen und Kindern vor Gewalt
3. Pressemitteilung des deutschen Juristinnenbunds: Bundesrat billigt Reform des Sexualstrafrechts – „Nein heißt Nein“ wird nun Gesetz
4. Stellungnahme von DaMigra e.V. – Dachverband der Migrantinnenorganisationen in Deutschland zum „Burkaverbot“

### Online Aktivismus

5. Unterschriftenaktion: Für das Recht auf Abtreibung in Polen
6. Einladung zur Online Diskussion zum Thema „Frauen und Politik“

### Veranstaltungen

7. Zweites Dialog-Forum „Integration und Ehrenamt“ in Luckenwalde, 8.10., 10:00 Uhr
8. KDFB-Clubabend „Was tun gegen Hassrede im Internet?“ in Brandenburg a.d.H. 13.10., 17:30 Uhr
9. Frauen reden zu Tisch – Berliner Tischreden. Zukunft gestalten – zusammen leben verändert Deutschland (AKD-EKBO) in Berlin, 30.10., 18:00 Uhr
10. Recht für Geflüchtete: Einführung in das Asyl- und Flüchtlingsrecht in Eberswalde, 1.11., 10:00 Uhr
11. Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit von EFRE und ESF in Potsdam, 2.11., 10:00 Uhr
12. Vortrag und Diskussion: Emanzipation im Islam in Nuthetal, 1.11., 10:00 Uhr
13. Fachkonferenz Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg, 15.11., 10:00 Uhr

# Aktuelle Hinweise

## 1. Förderprogramm: Frauen iD

Hier eine kurze Info zu einem neuen Förderprogramm. Der Hinweis ist der Homepage des Frauenrats entnommen:

([https://www.frauenrat.de/no\\_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/artic le/foerderprogramm-frauen-id.html](https://www.frauenrat.de/no_cache/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/artic le/foerderprogramm-frauen-id.html))

„Geflüchtete Frauen in Deutschland sollen durch Bildungsmaßnahmen gefördert werden. Dafür schreibt der Bundesverband des Paritätischen Bildungswerks Fördergelder aus. Ziel der Projekte soll es sein, Selbstwertgefühl und Selbstlernkompetenzen von geflüchteten Frauen im Alter von 18 bis 26 Jahre in Deutschland (kurz "Frauen iD") durch kulturelle Bildungsmaßnahmen zu fördern.

Fluchtsituation künstlerisch reflektieren und Zukunftsperspektive entwickeln. Die Projekte können etwa in den Sparten Malerei, Theater, Musik, Tanz und angewandte Kunst angesiedelt sein. Sie sollen den Teilnehmerinnen ermöglichen, ihre Fluchtsituation künstlerisch zu reflektieren und Zukunftsperspektiven für ihr Leben in Deutschland zu entwickeln.

Programm "Kultur macht stark" Förderanträge müssen von mindestens drei Partnerorganisationen eingereicht werden.

Es handelt sich um eine 100prozentige Förderung im Rahmen des Programms "Kultur macht stark", die das Paritätische Bildungswerk im Auftrag des Bundesbildungsministeriums vergibt. Die Projekte müssen bis Oktober 2017 abgeschlossen sein.“

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.frauen-id.de>

## 2. Aufruf zur Benennung von best practice Projekten zum Schutz von geflüchteten Frauen und Kindern vor Gewalt

Der World Future Council, UN Women Deutsches Nationales Komitee und filia.die frauenstiftung arbeiten gemeinsam für das Ziel, Best Practices zum Schutz geflüchteter Frauen und Kinder vor Gewalt bekannter zu machen und würden sich sehr freuen, wenn sie Ihre Unterstützung dabei gewinnen könnten!

Das Ziel ist es, zum Ende des Jahres einen Report zu veröffentlichen, der die effektivsten Initiativen enthält, die geflüchtete Frauen und Kinder vor Gewalt schützen und in dem Report auch konkrete Empfehlungen für Politik, Verwaltung und die Zivilgesellschaft zu nennen. Diese Initiativen können Gesetze oder verbindliche Richtlinien sein, Projekte aus Bund, Ländern und

Kommen, dem In- oder Ausland, sie können klein oder groß sein, und das ganze Spektrum von Gewalt adressieren. Auch Initiativen von NGOs oder Graswurzelinitiativen interessieren uns sehr, vor allem, wenn sie mit Geflüchteten entwickelt wurden und der Selbstermächtigung geflüchteter Frauen dienen. Es geht uns vor allem um Prävention von Gewalt aber auch darum, wie Frauen und Kinder, die bereits Opfer von Gewalt geworden sind, danach besonders geschützt werden können. Thematisch können Bauvorgaben genauso eine Rolle spielen, wie Theaterprojekte zur Aufklärung oder Netzwerkinitiativen...

Sie können geeignete Initiativen über das angehängte Formular oder über unser online Formular einreichen:

<https://goo.gl/forms/DQ5Vh4WhDi7zGOfr2>

Gern können Sie den Call for Nominations auch weiterverbreiten, gern auch an internationale Kontakte. Eine englische Version des online Formulars gibt es hier:<https://goo.gl/forms/DV8ShNqF6Gzlu4EW2> . Das Formular als Word Dokument habe ich beiden Sprachen angehängt – Deutsch und Englisch.

Wir freuen uns auf Nominierungen bis zum 11. Oktober 2016.

Sollten Sie Fragen zu dem Projekt haben, melden Sie sich bitte bei Anke Domscheit-Berg:

**Kontakt:** Anke Domscheit-Berg, Senior Policy Advisor, World Future Council, Tel. 0175 1676 282, Mail: [anke@domscheit-berg.de](mailto:anke@domscheit-berg.de) oder [anke.domscheit-berg@worldfuturecouncil.org](mailto:anke.domscheit-berg@worldfuturecouncil.org)

### 3. Pressemitteilung des deutschen Juristinnenbunds: Bundesrat billigt Reform des Sexualstrafrechts – „Nein heißt Nein“ wird nun Gesetz

djb-Pressemitteilung, Berlin, 23.9.2016, <https://www.djb.de/Kom/K3/pm16-27/>

„Heute hat der Bundesrat die vom Deutschen Bundestag am 7. Juli 2016 beschlossene Reform des Sexualstrafrechts gebilligt. Damit sind zukünftig sexuelle Handlungen gegen den erkennbaren Willen einer Person unter Strafe gestellt.

»Für diesen Paradigmenwechsel haben wir seit dem letzten Jahrhundert gekämpft«, so Dagmar Freudenberg, Vorsitzende der Kommission Strafrecht des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb), und ergänzt: »Wir werden die Umsetzung in die Rechtspraxis kritisch beobachten und uns für die Implementierung dieses Wertewandels im Sexualstrafrecht in das Bewusstsein der Gesellschaft, also in Bildung und Erziehung, nachhaltig einsetzen.« Gleichzeitig wird mit diesem Gesetz ein neuer Straftatbestand in das Strafgesetzbuch eingefügt, der die tätliche sexuelle Belästigung unter Strafe stellt. Das verharmlosend sogenannte Grapschen, also das Kneifen in den Po oder in die Brust ohne

verbale Beleidigung, ist zukünftig mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren bedroht, wenn Betroffene einen Strafantrag stellen.

»Diese Handlungen wurden bislang stets als Kavaliersdelikt angesehen und damit bagatellisiert. Derartige Grenzverletzungen im gesellschaftlichen Umgang werden durch den neuen Straftatbestand unterbunden. Der Wertewandel wird unterstrichen und zukünftig deutlich gemacht, wo die Grenze zur Achtung der Würde eines Menschen und insbesondere der häufig derart belästigten Frauen verläuft«, beschreibt Freudenberg die gesellschaftliche Bedeutung der Reform.

Hintergrund:

2011 hat Deutschland die sogenannte Istanbul-Konvention unterzeichnet, die in Artikel 36 die Vertragsstaaten verpflichtet, nicht einverständliche sexuelle Handlungen unter Strafe zu stellen. Bisher hat Deutschland die Istanbul-Konvention noch nicht ratifiziert, da die Bereitschaft zur vollständigen Umsetzung von Artikel 36 bislang nicht bestand. Gemeinsam mit sechs anderen Frauenverbänden hat sich der djv im Bündnis »Nein heißt Nein« für den Paradigmenwechsel eingesetzt. Der Deutsche Bundestag hat die grundlegende Reform am 7. Juli 2016 einstimmig verabschiedet, weil die weiblichen, aber auch viele der männlichen Bundestagsabgeordneten hierfür gekämpft haben, und zwar überfraktionell. Mit der Befassung im Bundesrat und dessen Billigung kann nun die Unterzeichnung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten und die Verkündung im Bundesgesetzblatt erfolgen. Am Tag nach der Verkündung tritt das neue Gesetz in Kraft.“

**Kontakt:** Deutscher Juristinnenbund e.V., Ramona Pisal - Präsidentin, Anke Gimbal - Geschäftsführerin, [geschaeftsstelle@djb.de](mailto:geschaeftsstelle@djb.de), Anklamer Straße 38 - 10115 Berlin - [www.djb.de](http://www.djb.de), Fon: +49 (0)30/443270-0 - Fax: +49 (0)30/443270-22

## 4. Stellungnahme von DaMigra e.V. – Dachverband der Migrantinnenorganisationen in Deutschland zum „Burkaverbot“

„‘Burkaverbot‘ stigmatisiert Muslima und schadet der Integration!

### 1. Kein Burkaverbot, Selbstbestimmungsrecht der Frauen anerkennen!

DaMigra e.V., der Interessensverband der Migrantinnenorganisationen in Deutschland, lehnt ein „Burkaverbot“ strikt ab. Diese Ablehnung des Verbots indes bedeutet nicht etwa, dass DaMigra e.V. sich für die (Voll-)Verschleierung stark macht. Vielmehr geht es darum, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in den Fokus zu rücken: Niemand sollte das Recht haben, eine Frau unter die Burka zu zwingen. Ebenso wenig allerdings sollte irgendjemand das Recht haben, eine Frau zum Ablegen der Burka zu zwingen, zumal in Deutschland. „Die Würde des

Menschen ist unantastbar.“ So der vielzitierte erste Satz aus Artikel 1 des Grundgesetzes der BR Deutschland. Frauenrechte sind Menschenrechte. Burkazwang und Burkaverbot negieren diesen fundamentalen Zusammenhang.

Allein schon die Debatte über ein Burkaverbot gefährdet die Integration, weil sie Muslima stigmatisiert. Bisher mühsam erreichte Fortschritte in der Integrationsdebatte werden zunichte gemacht; dieses Problem verschärft sich, je länger die Debatte anhält. Würde das Verbot tatsächlich beschlossen, käme dies einer zusätzlichen Diskriminierung all jener muslimischen Frauen gleich, die dadurch noch weiter aus dem öffentlichen Leben verdrängt würden.

Der Blick nach Frankreich zeigt, dass durch dieses Verbot nicht nur die vermeintlichen Burkaträger\*innen, sondern alle als solche erkennliche, muslimische Frauen stigmatisiert werden. DaMigra e.V. lehnt ein solches Signal an die Mehrheitsgesellschaft, das die Marginalisierung oder gar den Ausschluss von Migrant\*innen befördert, vehement ab. Nötig ist stattdessen die Aufhebung des Kopftuchverbots für Lehrer\*innen, der Schutz vor Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und die Erhöhung von Vielfalt in (der Leitung von) öffentlichen Institutionen und der Privatwirtschaft. Es gilt, Migrant\*innen den Weg zu einer gleichberechtigten politischen und gesellschaftlichen Partizipation zu ermöglichen. Die Debatte über das Burkaverbot jedoch bedient rassistische Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft und hilft, Wählerstimmen aus diesem Lager zu mobilisieren (wie nicht zuletzt die aktuellen Ergebnisse der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern eindrucksvoll belegen...).

## 2. Gesellschaft nicht spalten, mit statt nur über Frauen diskutieren!

Die Debatte geht zudem am Kern der Sache vorbei; es ist eine Scheindebatte um vermeintliche Sicherheitsfragen und europäischen Werte. Die polemische Diskussion darüber, wer ein „guter“ oder „schlechter“ Einwanderer sei, spaltet uns und gefährdet unser gesellschaftliches Zusammenleben, das auf gemeinsamen, demokratischen Grundwerten beruht. Sobald ein Unbehagen der Mehrheitsgesellschaft in Sachen Integration spürbar wird, kommt es zu einer geradezu reflexhaften Reaktion der Politik, die über Frauen redet statt mit ihnen. Auch dies ist eine Diskriminierung eigener Art – eine Diskriminierung von Frauen, die sich gefallen lassen müssen, dass über ihre Köpfe hinweg über ihre Körper, ihre Identität und ihr Recht auf Selbstbestimmung debattiert wird.

Diese (Art der) Debatte illustriert im Übrigen eindrucksvoll, dass und wie patriarchale Unterdrückungsformen funktionieren – nämlich als globales, religions- und kulturübergreifendes System. Muslimische Frauen, aber auch allgemein Migrantinnen und nicht-weiße Frauen, die in Deutschland leben, existieren keineswegs etwa nur durch ihre Communities und/oder ihre Männer. Vielmehr können sie sich selbst und ihre eigenen Interessen durchaus selbstständig vertreten.

Als herkunftsübergreifende Interessensvertretung von Migrantinnen in Deutschland unterstützt DaMigra den wachsenden selbstorganisierten Widerstand von Frauen gegenüber traditionellen Verhaltensnormen in Bezug auf Familie, Sexualität, Partnerschaft und gesellschaftliche Teilhabe. Diese existiert seit Jahrzehnten in den verschiedensten

Communities von Einwanderern und Neuankommenden. Sie zu sehen, zu hören und zu Wort kommen zu lassen, ist nun Aufgabe von Politik und Gesellschaft - nicht sie zu verschleiern oder zum Schweigen zu bringen.“

Weitere Anmerkungen zu dieser Stellungnahme finden Sie unter:

<http://www.damigra.de/aktuelles/mitteilungen/burkaverbot-stigmatisiert-muslima-und-schadet-der-integration-1.html>

## Online Aktivismus

### 5. Unterschriftenaktion: Für das Recht auf Abtreibung in Polen

Im polnischen Parlament soll das Abtreibungsrecht verschärft und Abtreibungen mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden.

Nun ist internationale Solidarität gefragt. Zu diesem Anlass kamen am 3. Oktober viele Unterstützer\*innen in Berlin zur Warschauer Straße zum „schwarzen Montag“. Bilder von dem Protest gibt es unter folgendem Link:

<https://www.flickr.com/photos/petshoppetshop/sets/72157671298784844>

Eine weitere Gelegenheit, Eure und Ihre Solidarität zu zeigen, ist die Beteiligung bei dieser Unterschriftenaktion:

„Grußbotschaft

An die Frauen in Polen:

Wir, Männer und Frauen aus ganz Europa, verfolgen mit Entsetzen, wie Euer Parlament versucht, Euch Euer grundlegendes Menschenrecht wegzunehmen. Wir verurteilen diesen Angriff auf Eure Freiheit, eine eigene Entscheidung über Euch zu treffen. Wir unterstützen Eure Anstrengungen gegen dieses scheußliche Abtreibungsverbot und stehen solidarisch an Eurer Seite - über alle Grenzen hinweg.“

Folgen Sie bitte diesem Link um zu unterzeichnen:

<https://act.wemove.eu/campaigns/abtreibung>

## 6. Einladung zur Online-Diskussion zum Thema „Frauen und Politik“

Martina Trauth-Koschnick, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Potsdam, lädt zusammen mit Héloïse Le Masne zu einer Diskussion zum Thema „Frauen und Politik“ ein:

„Das Ziel ist, für die nächste Kommunalwahl im Jahr 2018 für mehr Frauen in der Stadtverordnetenversammlung zu werben. Nur 25 Prozent der Mandate in Kommunalparlamenten landesweit sind mit Frauen besetzt. Auch in der Landeshauptstadt Potsdam sind von 57 Stadtverordneten nur 18 Frauen.

Die Frage ist aber: wie schaffen wir das? Es gibt schon Ideen, Initiative, und Sie haben bestimmt was dazu beizutragen. Wir freuen uns sehr auf Ihre Artikel, Kommentare, Ideen, Kritiken!

Um an der Diskussion teilzunehmen, müssen Sie einfach hier klicken:

<https://www.civocracy.org/discussions/95/act/>

Dies ist auch eine gute Gelegenheit, ein Netzwerk von engagierten Frauen hier in Potsdam aufzubauen, aber auch Input von nicht-Potsdamerinnen zu sammeln. Zögern Sie deswegen nicht, dieses Link zu teilen! Je mehr Teilnehmerinnen, desto besser die Ideen.“

**Civocracy** ist eine Online-Plattform die Diskussionen mit und von unterschiedlichen Akteur\*innen ermöglichen kann (Politiker\*innen, Bürger\*innen, Vereine). Die Plattform bietet die Möglichkeit sich zu informieren, sich mit anderen auszutauschen und gemeinsam Lösungen zu finden.

Der oben genannte Link bringt Sie zu dem Online-Forum. Sie müssen sich dazu mit Ihrer Emailadresse anmelden und können loslegen! Ich wünsche eine tolle Diskussion!

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Héloïse Le Masne, Partnerships Manager, +49 176 277 35 092, [civocracy.org](http://civocracy.org)

## Veranstaltungen

### 7. Zweites Dialog-Forum „Integration und Ehrenamt“ in Luckenwalde, 8.10., 10:00 Uhr

Arbeiten im Ehrenamt ist ein Thema das viele von uns beschäftigt. Deshalb leite ich Ihnen hier die Einladung der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ weiter.

Viele Brandenburgerinnen und Brandenburger haben in den vergangenen zwei Jahren mit Herz und Tatkraft bei der Aufnahme der vielen Flüchtlinge ehrenamtlich angepackt. Inzwischen ist die Integration der Angekommenen zur Hauptaufgabe in der Flüchtlingsarbeit geworden. Wohnungssuche, Spracherwerb, Bildung und Schule, Ausbildung, Qualifizierung oder Zugang zum Arbeitsmarkt erfordern und fordern eine starke und aktive Zivilgesellschaft. Nach dem ersten Dialogforum am 30. Juni in Wittstock/Dosse soll im zweiten Dialogforum „Integration und Ehrenamt“ am

- Samstag, den 8. Oktober 2016
- von 10 bis 15 Uhr
- im Kreishaus Teltow-Fläming,
- Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

über Erfahrungen und Herausforderungen bei der Integration diskutiert werden (Tagesordnung anbei).

Bitte informieren Sie das Bündnis Tolerantes Brandenburg möglichst bis zum **5. Oktober** über Ihre Teilnahme ([buendnis@stk.brandenburg.de](mailto:buendnis@stk.brandenburg.de) oder 0331 - 866 1162). Am Veranstaltungsort ist die Beantragung der Erstattung der Fahrtkosten möglich, das Parkhaus steht ihnen gegenüber der Kreisverwaltung kostenfrei zur Verfügung.

Es besteht auch die Möglichkeit, Ihre Arbeit mit einem Stand am Rande der Veranstaltung zu präsentieren. Falls Sie daran Interesse haben, geben Sie dies bitte bei Ihrer Rückmeldung an, dann melden sich die Mitarbeiter\_innen umgehend bei Ihnen.

**Kontakt:** Melanie Balzer.

Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“/  
Bündnis für Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Telefon: 0331-  
8661163, E-Mail: [melanie.balzer@stk.brandenburg.de](mailto:melanie.balzer@stk.brandenburg.de)



## 8. KDFB-Clubabend „Was tun gegen Hassrede im Internet?“ in Brandenburg a.d.H. 13.10, 17:30 Uhr

Dies ist die Einladung von unserem Mitglied „Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Berlin e.V.“:

Der Herbst geht weiter mit interessanten Clubabend-Themen. Am Donnerstag, den 13. Oktober lädt der KDFB in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Brandenburg an der Havel zum Clubabend „Was tun gegen Hassrede im Internet?“ ein.

- Ort: Rathaus der Stadt Brandenburg an der Havel (Rolandzimmer)
- Datum/Zeit: Donnerstag, 13. Oktober, 17.30 Uhr

Als Expertin ist Sina Laubenstein, Projektmanagerin der Kampagne No-Hate-Speech-Movement in Deutschland eingeladen. Es sind auch andere interessierte Frauen aus Ihrem Netzwerk eingeladen.

**Kontakt:** Anne Langer, Katholischer Deutscher Frauenbund Diözesanverband Berlin e.V., anne.langer@kdfb-berlin.de, Wundtstr. 40-44, 14057 Berlin, Tel.: 030/3213901, Fax: 030/3265147, www.kdfb-berlin.de“

## 9. Frauen reden zu Tisch – Berliner Tischreden. Zukunft gestalten –zusammen leben verändert Deutschland (AKD-EKBO) in Berlin, 30.10., 18:00 Uhr

Das Amt für kirchliche Dienste: Frauenarbeit und die Evangelische Akademie zu Berlin laden ein: Wenn Frauen sich einmischen, verändert sich die Gesellschaft. Um den Austausch über Visionen einer besseren Zukunft zu fördern, gibt es seit mehreren Jahren die Veranstaltungsreihe „Frauen reden zu Tisch“. Engagiert, selbstbewusst und kritisch kommen hier Frauen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ins Gespräch – auf dem Weg zum Reformationsjubiläum 2017, in dem der Gleichstellung der Frau in Kirche und der Gesellschaft Raum gegeben wird. In diesem Jahr wird diskutiert werden, wie sich die Gesellschaft durch das Zusammenleben von Frauen verschiedener Kulturen verändert. Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, damit Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft in einer Gesellschaft gleichberechtigt miteinander leben können? Wie wandelt kulturelle Vielfalt Deutschland? Wohin verändert sich unsere Gesellschaft durch die engagierte Aufnahme von Geflüchteten und die Auseinandersetzungen mit KritikerInnen dieser Veränderungen? Eingeladen sind Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen zum Gedankenaustausch mit Frauen aus anderen Kontexten und zum Knüpfen von Netzwerken. Im Laufe des Abends wird Dr. Irmgard Schwaetzer die Publikation des Studienzentrums der

EKD für Genderfragen „essen.reden.reformieren“. Dokumentation der Frauenmahlbewegung in der Reformationsdekade präsentieren.

- **Ort:** Haus der Evangelischen Kirche in Deutschland (Großer Saal), Am Gendarmenmarkt, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin
- **Datum/Zeit:** 30.10., 18:00 Uhr
- 

**Tagungsleitung:**

Carola von Braun, Evangelische Akademie zu Berlin

Magdalena Möbius, Amt für kirchliche Dienste

**Tagungsorganisation**

Rosalita Huschke, Evangelische Akademie zu Berlin, Tel. (030) 203 55 – 404, E-Mail: [huschke@eaberlin.de](mailto:huschke@eaberlin.de), mobil 01577/197 58 56 (während der Tagung)

Preise: 49,- EUR (inkl. Dinner und Getränke)

**Anmeldung:** Wir bitten um Anmeldung mit Ihren kompletten Daten (Name, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer).

**Anmeldeschluss 21.10.2016.**

Eine Teilnahme ist nur nach Bestätigung durch die Evangelische Akademie möglich.

**Abmeldung:** Bis zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn kostenfrei möglich. Ab zwei Wochen vor Veranstaltungsbeginn 30%, ab eine Woche vor Veranstaltungsbeginn 100% vom Gesamtpreis. Stornierungen bitte schriftlich.

## 10. Recht für Geflüchtete: Einführung in das Asyl- und Flüchtlingsrecht in Eberswalde, 1.11., 10:00 Uhr

Seit geraumer Zeit ist das Asylrecht zu einem wichtigen Thema in unserer Gesellschaft geworden. Nicht nur in den Beratungsstellen für Geflüchtete sondern auch im Rahmen von Willkommensinitiativen und somit für ehrenamtlich Engagierte ist umfassende Sachkenntnis auf diesem Gebiet gefordert. Dieses Einführungsseminar befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Ablauf des Asylverfahrens – Rechtsstellung, Dublinverfahren, nationales Verfahren und Schutzstatus. Es wird außerdem darüber gesprochen, wie der Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete geregelt wird und was sich z.B. ändert in Bezug auf Familiennachzug. Gerne leiten wir konkrete Fragen im Vorfeld an den Referenten weiter.

Das Seminar richtet sich besonders an Multiplikator/innen in der Sozialen- und Bildungsarbeit sowie an Engagierte in Willkommensinitiativen, die ihre Kenntnisse auf dem Gebiet des

Flüchtlingsschutzes erweitern und/oder Basiswissen im deutschen Asylrecht erwerben möchten.

**Trainer: Felix Isensee** ist Rechtsanwalt und bietet seit einigen Jahren Grundkurse zu Asyl- und Ausländerrecht u.a. für die Diakonie an.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei mit Selbstverpflegung.

- **Ort:** Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Puschkinstr. 13, 16225 Eberswalde
- **Datum/Zeit:** 1.11., 10:00 Uhr

Eine **Anmeldung** ist erforderlich. Bitte per Mail an: [anmeldung@boell-brandenburg.de](mailto:anmeldung@boell-brandenburg.de)  
**Anmeldeschluss 17.10.2016**

**Kontakt:** Britta Steels, [steels@boell-brandenburg.de](mailto:steels@boell-brandenburg.de), 0331-20057813, Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 52, 14467 Potsdam

## 11. Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit von EFRE und ESF

Dies ist die Einladung zu einem Workshop von Vertreterinnen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozial Fonds (ESF):

Im Oktober letzten Jahres fand der erste gemeinsame Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit von EFRE und ESF statt. Es soll zurück geblickt werden auf die Aktionen und Maßnahmen des vergangenen Jahres. Außerdem wird es der Auftakt sein um Planungen für das Jahr 2017 zu beginnen.

- **Ort:** Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Raum 1001.2, Henning-von-Tresckow-Straße 2-13, 14467 Potsdam.
- **Datum/Zeit:** Mittwoch, 2. November 2016, 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Bitte merken Sie sich den Termin bereits vor. Eine Einladung mit detailliertem Programm erfolgt in Kürze, diese können Sie dann, wie gewohnt, auf der Homepage des Frauenpolitischen Rates finden.

Es werden auch Themen- und Diskussionsvorschläge für den Workshop aufgenommen. Bitte melden Sie diese bis Freitag, den 14. Oktober 2016 per E-Mail an [anja.jakob@mwe.brandenburg.de](mailto:anja.jakob@mwe.brandenburg.de).

Voranmeldungen werden gern unter selbiger Adresse entgegengenommen.

**Kontakt:** Anja Jakob, Ministerium für Wirtschaft und Energie, des Landes Brandenburg, Referat 11

## 12. Vortrag und Diskussion: Emanzipation im Islam in Nuthetal, 1.11., 10:00 Uhr

„Facetten des Islam“ heißt die neue Veranstaltungsreihe der „Akademie 2. Lebenshälfte“ in Nuthetal, mit der die Auseinandersetzung zum Thema Zuwanderung fundiert fortgesetzt werden soll. **Inhaltliche Schwerpunkte werden folgende sein:**

- Klärung der unterschiedlichen Begriffe wie zum Beispiel „Islam“ und „Islamismus“
- Extremismus, IS, Bedrohung durch Terror
- Emanzipation im Islam
- Die Situation in den wichtigsten Herkunftsländern der Flüchtlinge aktuell
- Die Situation der Flüchtlinge hier in unserer Region, Zahlen und Fakten, Diskussion

**Referentin:** Sineb El Masrar, Autorin

**Veranstalter:** Förderverein Akademie 2. Lebenshälfte im Land Brandenburg e.V.

- **Ort:** Andersenweg 43, Nuthetal
- **Datum/Zeit:** 1.11., 10:00 Uhr

**Anmeldung unter: Tel.:** 03328/473134

**Mail:** [witzsche@lebenshaelfte.de](mailto:witzsche@lebenshaelfte.de)

**Eintritt:** 1 €

## 13. Fachkonferenz Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg, 15.11., 10:00 Uhr

Die Unterarbeitsgruppe Flüchtlingsfrauen des Landesintegrationsbeirates bereitet derzeit die „Fachkonferenz Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg“ vor. Ziel dieser Veranstaltung ist die gemeinsame Weiterentwicklung von Ideen zur Gewaltprävention und der Austausch zu Best-Practice-Beispielen aus Brandenburg.

Da die Gewaltprävention möglichst das Anliegen vieler Akteur\*innen sein sollte, wird mit Vertreterinnen und Vertretern der Migrationssozialarbeit sowie der Frauen- und Gleichstellungsarbeit diskutiert werden.

Auf der Veranstaltung sollen neben allgemeinen und grundsätzlichen Anregungen zur Präventionsarbeit vor allem anhand von konkreten Beispielen aufgezeigt werden, wie der Schutz von Flüchtlingsfrauen vor Gewalt deutlich verbessert werden kann. Durch die Veranstaltung soll auch eine Basis für einen langfristig angelegten Vernetzungsprozess unter den Fachkräften Unternehmens- geschaffen werden.

Die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, die Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg und FaZIT lädt Sie herzlich ein zur Fachkonferenz Gewaltprävention für Flüchtlingsfrauen in Brandenburg am Dienstag, dem **15. November 2016, von 10 bis ca. 16.30 Uhr** in **Potsdam**.

Bitte merken Sie sich diesen Termin schon einmal vor. Eine Einladung mit weiteren Programmdetails und der Anmeldemöglichkeit leitet die Geschäftsstelle des Frauenpolitischen Rates Ihnen weiter.

Bei Rückfragen zur Veranstaltung schicken Sie bitte eine Nachricht an [e.taghavi@fazit-brb.de](mailto:e.taghavi@fazit-brb.de).“

---

Noch viel mehr spannende **Veranstaltungen** im Raum Berlin/Brandenburg finden Sie wie immer auf unserer Webseite: <http://frauenpolitischer-rat.de/veranstaltungen/>

Und nicht vergessen: Der Termin der nächsten **ordentlichen Mitgliederversammlung** ist der 05. November 2016.

Haben Sie schon Ihren **LandFrauenkalender für 2017** bestellt? Das Bestellformular finden Sie ganz oben auf der Startseite [www.landfrauen.info](http://www.landfrauen.info)

Bis zur nächsten Ausgabe der FPRmail wünscht Ihnen der Frauenpolitische Rat Brandenburg schöne verbleibende Sommertage!

---

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich neu darauf registrieren lassen will.

---

## IMPRESSUM

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30. Oktober 2016

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Verena Letsch

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81, Mail : [FrauPolRat@t-online.de](mailto:FrauPolRat@t-online.de)

Web : [www.frauenrat-brandenburg.de](http://www.frauenrat-brandenburg.de)

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook!](#)

**FRAUEN RAT**  
POLITISCHER  
LAND BRANDENBURG E.V.